

The logo for the Bavarian Economic Association (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, set against a solid blue square background. Below the letters, the text 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Deutschland hat Zukunft 500 Tage Große Koalition – Eine Bilanz

Dienstag, 28.04.2015 um 17:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Ordnungspolitik als Richtschnur politischen Handelns

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen im Haus der Bayerischen
Wirtschaft.

500 Tage Große Koalition – da gibt es aus Sicht
der vbw – Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e.V. vieles zu besprechen und zu
diskutieren. Sicherlich auch sehr kontrovers.

Dafür sorgt schon die Auswahl unserer Gäste aus
Berlin:

Ich begrüße sehr herzlich

- den Parlamentarischen Geschäftsführer der
CSU-Landesgruppe im Bundestag, Max
Straubinger,
- sowie den Fraktionsvorsitzenden von
Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Anton Hofreiter.

Ich freue mich auf eine intensive Diskussion.

Die Basis dafür bildet unser Ordnungspolitischer
Bericht 2015, den wir Ihnen mit dieser
Veranstaltung heute vorstellen wollen.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln hat ihn
bereits zum vierten Mal in bewährter Weise für
uns ausgearbeitet.

Prof. Michael Hüther, der Direktor des IW, wird im Anschluss auf die zentralen Inhalte eingehen.

Lieber Herr Prof. Hüther, auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Zur Zielsetzung des ordnungspolitischen Berichts

Warum legen wir jedes Jahr einen Ordnungspolitischen Bericht vor?

Zum einen wollen wir damit die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards, Walter Euckens und anderer wieder in Erinnerung rufen.

Das ist heute wichtiger denn je.

Denn das Gleichgewicht zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik geht zunehmend verloren.

Unser Problem in Deutschland ist aber nicht, dass es zu wenig sozial zugeht.

Unser Problem ist, dass zu wenige Weichen für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts gestellt werden.

Zum anderen wollen wir mit unserem ordnungspolitischen Bericht einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft leisten – sozusagen Soziale Marktwirtschaft 2.0.

Denn natürlich benötigen die traditionellen ordnungspolitischen Prinzipien im 21. Jahrhundert ein Update.

„Wohlstand für alle“ beinhaltet heute auch „Digital für alle“, „Partizipationsgerechtigkeit für alle“, „Innovationen für alle“. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Wir als vbw tun das zum Beispiel mit unserer Agenda 2020. Die meisten von Ihnen, hoffe ich, werden sie kennen.

In der Agenda 2020 definieren wir, wie unsere Wirtschaftsordnung ausgestaltet sein muss, damit sie auch in Zukunft Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand sichert.

Verbunden ist das mit konkreten Zielvorgaben in den fünf Bereichen

- Soziale Sicherung
- Infrastruktur
- Bildung

- Steuern
- und Innovation.

Diese fünf Handlungsfelder bilden den Rahmen

- damit selbstbestimmtes – und selbstverantwortliches – Leben und Wirtschaften möglich ist und bleibt
- und damit ein innovationsfreundliches Klima entsteht, das Investitionen in den Standort Deutschland begünstigt.

Soweit die graue Theorie.

Wie es in der Praxis aussieht, das nimmt unser Ordnungspolitischer Bericht unter die Lupe.

Er analysiert, inwieweit die Große Koalition in ihrer Regierungsarbeit ordnungspolitischen Grundsätzen folgt – oder eben nicht.

Leider ist gerade Zweiteres sehr ausgeprägt.

Analyse einiger Entscheidungen der Großen Koalition:

Ordnungspolitik mangelhaft!

Ein kleiner Blick ins Detail – allesamt Vorhaben, welche die Bundesregierung in ihren ersten eineinhalb Jahren geplant oder bereits umgesetzt hat:

Erstens. Der flächendeckende Mindestlohn.

Jahrzehntelang ist Deutschland gut damit gefahren, dass die Tarifparteien Lohnuntergrenzen und branchenspezifische Mindestlöhne aushandeln.

Ohne Not wurde dieser Grundsatz aufgegeben!

Als Beitrag zur Armutsbekämpfung wird der Mindestlohn verkauft.

Ich setze ein großes Fragezeichen dahinter, denn der Mindestlohn wird Arbeitsplätze kosten.

Und Untersuchungen zeigen: Durch den Mindestlohn steigen zwar die Löhne für diejenigen, die Arbeit haben und davon betroffen sind.

Den Arbeitnehmern aber, die ihr Gehalt bisher aufgestockt haben, bleibt unter Umständen mit

Mindestlohn unterm Strich weniger als ohne, da die Sozialleistungen jetzt wegfallen!

Fazit: Der Mindestlohn ist falsch und bleibt falsch.

Jetzt muss er aber wenigstens so ausgestaltet sein, dass er unsere Unternehmen mit Bürokratie durch Melde- und Aufzeichnungspflichten nicht noch zusätzlich belastet.

Wir schauen sehr genau hin, was jetzt an Veränderungen tatsächlich kommt.

Zweitens. Arbeitnehmerüberlassung, also Werkverträge und Zeitarbeit.

Hier sind weitere Beschränkungen geplant, vor allem bei Höchstüberlassungsdauer und Equal Pay.

Das ist nicht nur ein schwerer Eingriff in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit und damit auf ein zentrales ordnungspolitisches Leitmotiv.

Das ist auch die völlig falsche Antwort auf unsere arbeitsteilige Gesellschaft.

Deshalb wird es künftig in der Wirtschaft 4.0 auch weiterhin Werkverträge geben, voraussichtlich sogar noch in einem verstärkten Umfang – gerade im IT-Bereich.

Das hat überhaupt nichts mit den Löhnen zu tun.

Sondern es hat in erster Linie damit zu tun, dass die Anbieter solcher Leistungen hoch spezialisiert sind und für verschiedenste Kunden tätig sein wollen und müssen.

Zudem haben Unternehmen nicht immer den betrieblichen Bedarf, um einen eigenen Mitarbeiter im ausreichenden Umfang durchgehend zu beschäftigen.

Noch mehr Regulierung bremst hier digitale Innovation und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit aus!

Das gleiche gilt beim Equal Pay.

Wenn Zeitarbeit zu teuer ist, dann wird das nicht zu einer höheren Stammebelegschaft führen, sondern zu Verlagerungen dieser Tätigkeiten ins Ausland und damit zu einem Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland. Das kann niemand ernstlich wollen.

Auch hier muss gelten: Tarifautonomie vor staatlichem Eingriff!

Drittens. Rentenpaket und Rente mit 63

2007 hat die Große Koalition die Rente mit 67 auf den Weg gebracht.

Mit Blick auf demografischen Wandel und Fachkräftebedarf war das geboten.

Ohne Not wird das jetzt aufgeweicht.

Denn auch bislang gab es Möglichkeiten, langjährige Versicherte früher in Rente gehen zu lassen.

Ja, auch wir wissen: Es gibt Menschen, die können mit 63 nicht mehr.

Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass die Meisten die Regelaltersgrenze auch schaffen!

Und auch übers Geld müssen wir hier sprechen: 10 Milliarden Euro kostet das gesamte Rentenpaket jährlich, samt und sonders beitragsfinanziert.

Es gibt gute Gründe für die Besserstellung von Müttern oder Personen, die Angehörige pflegen.

Aber wenn man es macht, muss man es über die Steuern machen.

Denn die Zeche zahlen jetzt unsere Kinder.
Generationengerecht ist das nicht!

Viertens. Pflegeversicherung

Zwar wurde Anfang des Jahres der Rentenbeitrag um 0,2 Prozentpunkte gesenkt.

Nur reicht das leider nicht einmal aus, um die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung von 0,3 Prozent auszugleichen.

Das sind Mehrkosten von rund 3,5 Milliarden Euro im Jahr. Und ab 2017 soll der Beitrag nochmal steigen.

Auch hier bleiben die kommenden Generationen auf den Kosten sitzen.

Der neue Pflegevorsorgefonds soll zwar Beitragssprünge infolge des demografischen Wandels verhindern.

Grundsätzlich ist dieser Ansatz richtig und sollte noch weiter gestärkt werden, da er auf Eigenleistung abzielt.

Doch: Schon ab 2030 werden die Ausgaben viel höher sein als die Einnahmen. Und bis 2050 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen fast verdoppeln.

Der Fonds ist also genau dann aufgebraucht, wenn besonders hohe Ausgaben zu erwarten sind. Hier sind Korrekturen überfällig.

Fünftens. Frauenquote

Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir eine starre Quote für grundsätzlich falsch halten.

Das hat gute Gründe:

Die Quote ist ein schwerer Eingriff in die unternehmerische Freiheit, die Vertragsfreiheit und das Prinzip der offenen Märkte.

Es sprechen aber auch ganz praktische Gründe dagegen: Eine gesetzliche Frauenquote ist in vielen Betrieben schwer oder garnicht umsetzbar.

In der bayerischen Metall- und Elektroindustrie zum Beispiel liegt der Frauenanteil gerade bei 19 Prozent.

Und das liegt nicht daran, dass die Betriebe keine Frauen einstellen wollen, sondern dass sie es nicht können. Denn junge Frauen sind nach wie vor im MINT-Bereich unterrepräsentiert. Hier müssen wir doch ansetzen!

Wenn man die Quote schon macht, dann wenigstens praxistauglich.

Hier sehen wir dringenden Nachbesserungsbedarf, denn

- die im Gesetz verankerte Berichterstattungspflicht ist ein weiteres Bürokratiemonster,
- branchenspezifische Unterschiede bleiben komplett außen vor.

Statt Quoten brauchen wir mehr Chancen für Frauen!

Zum Beispiel indem wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch mehr verbessern oder mehr Frauen für bislang männer-dominierte Berufe gewinnen.

Dann werden automatisch mehr Frauen in Führungspositionen nachrücken.

Und nebenbei: Die Löhne und Gehälter steigen dann auch!

Sechstes. EEG-Reform

Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes war überfällig, um die Kostenexplosion der Energiepreise wenigstens zu dämpfen.

Gut ist auch, dass erstmal durch die Direktvermarktung marktwirtschaftliche Ansätze in die Energiewende Einzug gehalten haben. Das verlangt nach Mehr.

Doch die grundsätzliche Kritik vor der Reform bleibt auch nach der Reform bestehen:

Mit Garantiepreisen und Abnahmegarantien ist das EEG wettbewerbshemmend.

Neue oder bislang zu wenig genutzte Technologien haben es schwer. Das bremst den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Wir brauchen jetzt mutige Entscheidungen, um eine sichere und vor allem bezahlbare Stromversorgung zu gewährleisten. Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden.

Wir brauchen jetzt auch – endlich – ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das Erzeugung, Speicherung, Transport und Energieeffizienz verknüpft. Dazu gehören auch die Entscheidungen über den Bau neuer Leitungen.

Und wir brauchen einen echten Strommarkt, der auf Dauersubventionierungen verzichtet.

Der Bundeswirtschaftsminister hat bereits ein EEG 3.0 für Anfang 2016 angekündigt. Das zeigt, dass die Regierung an dem Thema dranbleibt. Wir sind gespannt.

Schluss

Meine Damen und Herren,

soweit mein Galopp durch einige der Entscheidungen der Großen Koalition in ihren ersten 500 Tagen.

Wären wir in der Schule, würde die Bundesregierung einen „Blauen Brief“ bekommen:

Gute Ansätze, zum Beispiel in der Haushaltspolitik, aber mangelhaft in Ordnungspolitik.

500 Tage Große Koalition – das waren 500 Tage

- der Umverteilung,
- der zusätzlichen Belastungen für Unternehmen und der kommenden Generationen,
- der Kontrollbürokratie und der Bevormundung.

Das ist Wohlfahrts- und Wohlfühlpolitik, aber keine Soziale Marktwirtschaft.

Doch ein Staat, der alles übernimmt, übernimmt sich.

Bei den Bürgern mag das ankommen.

Und es fällt auch gar nicht weiter auf, wenn es wirtschaftlich so gut läuft wie jetzt.

Doch unsere derzeitige stabile Lage beruht auf externen Faktoren, die wir nicht beeinflussen können und die nicht nachhaltig sind: Das derzeit günstige Rohöl und der schwache Euro geben der deutschen Wirtschaft zweifellos einen Schub.

Diese positiven Faktoren dürfen aber nicht den Blick auf strukturelle Herausforderungen in der Wirtschaftspolitik verstellen.

Die vbw warnt deshalb vor zu rosigen Zukunftsszenarien.

Was wir jetzt versäumen, rächt sich spätestens dann,

- wenn die geopolitischen Risiken weiter steigen,
- wenn sich das konjunkturelle Blatt einmal wendet,
- wenn unsere Wettbewerbsfähigkeit sinkt
- und wenn Arbeitsplätze dann anderswo entstehen, aber nicht bei uns.

Es ist jetzt an der Zeit, das Ruder herumzureißen.

Wir brauchen weniger Sozial- und mehr
Wirtschaftspolitik!

Das heißt konkret:

- neue Gründerkultur für innovative Ideen,
- neue Energie- und Infrastrukturpolitik, die nicht nur den Bestand wahrt, sondern an morgen denkt
- und ein Kurs, der wieder mehr auf Eigenleistung und Eigenverantwortung setzt.

Das ist unser Appell an die Große Koalition und dazu bringen wir uns ein. Ich wünsche uns eine gute und ertragreiche Diskussion!